



Kiel, 22. Februar 2013

Nr.: 02 /2013

## Aus dem Landtag (8. Tagung 20. – 22.2.2013)

### Verkehrspolitik

Der Landtag hat sich mit einer Regierungserklärung und einem Bericht der Landesregierung zu den Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan sowie mit zwei Anträgen – zum Nord-Ostsee-Kanal und zum Zustand der Landesstraßen – befasst. Die Landesregierung hat folgende Prioritäten benannt: Nord-Ostsee-Kanal, A 20 und Fehmarnsundquerung (Straße und Schiene) zur Entlastung der alten Brücke nach Fertigstellung der Beltquerung. Damit ist der Politikwechsel eingeleitet: Unsere Verkehrspolitik legt den Schwerpunkt auf Wasserstraßen und Schienenwege. Die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan können hier eingesehen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0400/drucksache-18-0497.pdf>

Der NOK ist nicht nur für Schleswig-Holstein wichtig, sondern davon hängt ein Großteil des Umschlages im Hamburger Hafen ab, der sonst möglicherweise nach Belgien und die Niederlande abwandert. Deshalb haben Ausbau und Sanierung dieser meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt absoluten Vorrang. Auf 1,2 Mrd Euro beziffert die Regierung die notwendigen Investitionen. Der volkswirtschaftliche Schaden allein durch die marode Schleusenanlage in Brunsbüttel wird auf 200 Mio Euro jährlich geschätzt. Die rot-grün-blaue Koalition wünscht sich eine Bundesratsinitiative, möglichst gemeinsam mit den anderen Nordländern, um die notwendigen Maßnahmen zu erreichen. So verlangt sie vom Bund zehn Jahre lang jährlich mindestens 120 Mio Euro für Erhaltungsarbeiten am NOK; das entspricht 1 % der jährlichen Verkehrsinvestitionen des Bundes. Denn bislang ist hier, trotz vollmundiger Ankündigungen des Bundesverkehrsministers und pressewirksamer Spatenstiche mit dem Ex-Wirtschaftsminister im Landtagswahlkampf, nichts passiert. 2012 waren 60 Mio Euro aus Berlin versprochen, 970.000 tatsächlich zur Verfügung gestellt. Der Ansatz für 2013 wurde von ursprünglich ebenfalls 60 Mio auf 11 Mio Euro reduziert.

Angesichts der teilweise massiven Winterschäden auf dem knapp 3.600 Kilometer langen

#### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Landesstraßennetz stockt das Land seine Sanierungsmittel für 2013 um fünf Millionen Euro auf knapp 20 Millionen Euro auf. Diese zusätzlichen Mittel werden aus dem Verkehrshaushalt bereit gestellt. Mit diesem Frühjahrsprogramm sollen die Landesstraßen gezielt nachhaltig saniert und keine weiteren Flickenteppiche produziert werden, die anfällig für weitere Schäden sind. Dass ausgerechnet die CDU, die sieben Jahre lang die Verkehrsminister stellte, sich nun mit Schuldzuweisungen, wer für den schlechten Zustand der Straßen verantwortlich ist, und Forderungen nach mehr Mitteln für die Sanierung überschlägt, kann man unter „Kommunalwahlkampfgetöse“ abhaken.

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner zur Regierungserklärung:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/der-beginn-einer-neuen-mobilit-tspolitik>

Die Rede des verkehrspolitischen Sprechers Kai Vogel: <http://www.spd.ltsh.de/presse/schlag-cher-fallen-nicht-vom-himmel>

## Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)

Nachdem Innenminister Breitner einen breit angelegten Prozess zur Novellierung des FAG angekündigt hat, tut sich die CDU mit gezielt falschen Behauptungen (z. B. die, die Koalition mache Politik auf Kosten der Dörfer) hervor. Doch wir drehen nicht schlicht die schwarz-gelbe Anti-Stadt-Politik um.: Uns geht es vielmehr darum, zu einem fairen Ausgleich zu kommen, der sich an der Aufgabenverteilung orientiert, die zwischen Städten und Umland, zwischen großen und kleinen Gemeinden besteht. Davon versprechen wir uns mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Effizienz. Denn wer mehr Aufgaben erfüllt, muss auch mehr Geld bekommen. Kommunen, die als Dienstleister für eine ganze Region z. B. ein Kita- oder Schulangebot bereithalten, müssen die notwendige finanzielle Ausstattung erhalten. Dabei geht es nicht nur um Städte wie Kiel, Lübeck oder Flensburg, sondern auch um Gemeinden wie Kropp, Leck, Schönberg, Barsbüttel, Trittau oder Malente. Auch in diesem Verfahren wird es einen breiten Dialog unter intensiver Einbeziehung der Kommunalen Landesverbände geben, um zu Änderungen im FAG zu kommen, die von allen Betroffenen akzeptiert sind.

Die Rede der Sprecherin für Kommunalfinanzen, Beate Raudies:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/wir-wollen-aufgaben-finanzieren-nicht-strukturen>

## Änderung des Schulgesetzes (Vorschaltgesetz)

Wir schaffen durch dieses Vorschaltgesetz die Voraussetzung, den Bildungsdialog in Ruhe fortzusetzen und in ein Gesetzgebungsverfahren einzutreten, das erst 2014 abgeschlossen sein wird. Bis dahin gilt es, weitere Verschlechterungen auf Grundlage des schwarz-gelben Schulgesetzes und Schritte in die falsche Richtung zu verhindern. Deshalb sieht der Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW nur drei neue Regelungen vor:

1. Gemeinschaftsschulen sollen keine abschlussbezogenen Klassen mehr einrichten. Denn aus unserer Sicht ist das alte, dreigliedrige Schulsystem überwunden. Gerade Gemeinschaftsschulen sollen andere pädagogische Konzepte verfolgen. Dafür haben wir mit dem Haushalt 2013 die Zahl der Differenzierungsstunden pro Klasse und Woche von drei auf fünf erhöht, um die Möglichkeiten des längeren gemeinsamen Lernens zu verbessern.
2. Keine neuen G9- oder GY-Gymnasien! Wir wollen Schülerinnen und Schülern, die das Abitur anstreben, landesweit die Wahl zu geben, das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium oder nach neun Jahren an Gemeinschaftsschulen oder beruflichen Gymnasien abzulegen. Diese Position teilen übrigens die Landeselternvertretungen für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ebenso wie die Landeschülervertretungen. In Hamburg ist das Angebot mit Gymnasien (G8), Stadtteilschulen und Beruflichen Schulen (beide G9) vergleichbar, auch das ist für uns ein Argument. Mit dieser Regelung zwingen wir übrigens keine Schule zur Änderung des Bestehenden, alle können in Ruhe weiter arbeiten.
3. Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Die von Schwarz-Gelb beschlossene Fassung des Schulgesetzes macht die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen praktisch unmöglich. Jetzt sind aber die ersten der 2007 gegründeten Gemeinschaftsschulen so weit aufgewachsen, dass sie nach den Sommerferien 2013 mit dem Oberstufenbetrieb starten könnten. Aus unserer Sicht ist die Einrichtung von neuen Oberstufen der konsequente nächste Schritt nach der Einführung der Schulart Gemeinschaftsschule. Dabei geht es nicht um einen Kampf der Schularten Gemeinschaftsschule gegen Gymnasium, sondern um gerechte Entwicklungschancen für beide Schularten. Und es geht darum, die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten in Schleswig-Holstein zu erhöhen. Die ist bereits heute in den Kreisen höher, in denen es mehr Oberstufenangebote gibt.

Alle anderen Fragen werden im Bildungsdialog erörtert. Das neue Schulgesetz wird somit im umfassendsten Dialogprozess erarbeitet, den das Bildungswesen in Schleswig-Holstein je erlebt hat.

Die Rede von Ralf Stegner: <http://www.spd.ltsh.de/presse/damit-gute-bildungspolitik-gelingen-kann>

## Kommunale Trinkwasserversorgung erhalten

Der Landtag wendet sich dagegen, dass die Trinkwasserversorgung den Regeln des Binnenmarktes der EU unterworfen wird. Dies hätte zur Folge, dass Konzessionen nach Ausschreibungen auch an private Unternehmen vergeben werden müssten. Das wollen wir nicht – die Versorgung mit Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge und muss in kommunaler Hand bleiben! Sie darf nicht privaten Renditeinteressen geopfert werden. In vielen Fällen bemühen sich Städte darum, ihre einst privatisierten Wasserwerke zu rekommunalisieren. Wir unterstützen das Anliegen der Initiative „Right to Water“ und fordern dazu auf, die Petition an die EU-Kommission zu unterzeichnen (<http://www.right2water.eu/de>)

Die Rede der umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/wasserversorgung-als-ffentliche-dienstleistung-erhalten>



Abgeordnete unterschreiben die Petition der Initiative „Right to Water): Serpil Midyatli, Birgit Herdejürgen, Sandra Redmann (von links).